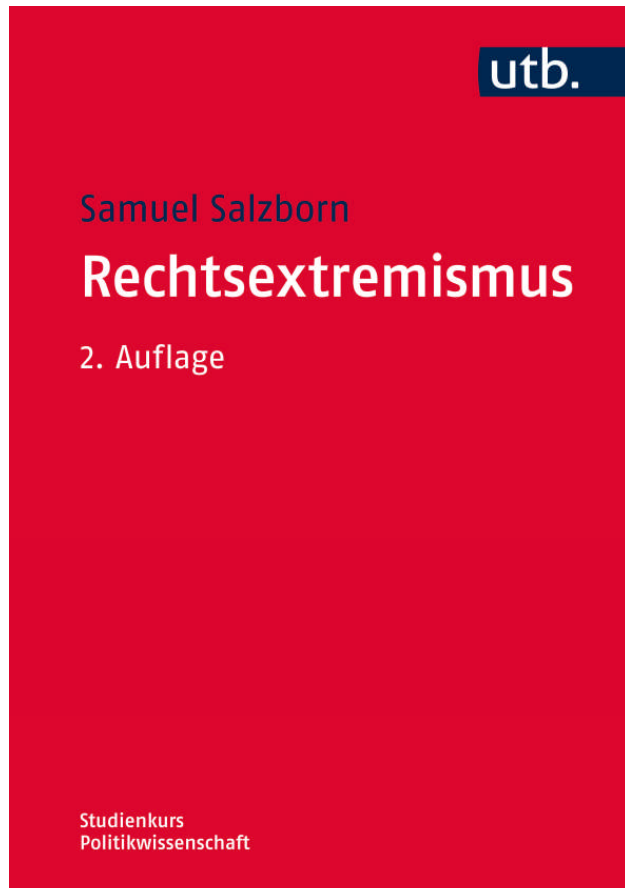


Samuel Salzborn, Rechtsextremismus



Rechtsextremismus ist ein allgegenwärtiges Thema in Wissenschaft und Öffentlichkeit. Was genau kennzeichnet aber Rechtsextremismus? Wie tritt er in Erscheinung? Welche Erklärungen gibt es für die Entstehung von Rechtsextremismus? Wie kann er erfolgreich bekämpft werden?

Der Band liefert einen Überblick über den Forschungsstand zu diesen Fragen und stellt die zentralen Kontroversen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung vor. Dabei werden Weltanschauung und Geschichte des Rechtsextremismus, Charakteristika von Erscheinungsformen wie Parteien, Bewegungen, Medien, Musik und Internet vorgestellt und Erklärungsansätze im Spannungsfeld von Extremismustheorie und „Extremismus der Mitte“, Autoritarismus, Sozialisation und Geschlecht bis hin zum Jugendprotesttheorem, sozialer Bewegungs- oder sozialer Desintegrationsthese diskutiert.

In der Neuauflage werden die jüngsten Entwicklungen einbezogen, vor allem im Bereich der Parteien und der „Neuen Rechten“. Außerdem wurde ein komplett neues Kapitel zur Gesamteinschätzung des gegenwärtigen Rechtsextremismus integriert.

Die Zusatzmaterialien wurden vom Autor / der Autorin / den Autoren zur Verfügung gestellt und sind genau auf den Inhalt des Werkes abgestimmt.

Nutzung und Copyright

Die Nutzung der Materialien für eigene Studienzwecke ist kostenlos, das Copyright liegt bei den Autoren bzw. beim Verlag. Eine Weiterverbreitung gleich in welcher Form ist nur mit schriftlicher Genehmigung der utb GmbH Stuttgart gestattet.

Diese und viele weitere kostenlose Zusatzmaterialien finden Sie unter www.utb-shop.de

Kostenlose Tipps zum wissenschaftlichen Arbeiten für alle Fächer gibt's auf unserem Studi-Portal unter <http://studium.utb.de>



UTB auf Twitter



UTB auf Facebook



Das Studiertier auf Facebook



UTB auf Google +

Rechtsextremismus

Interview Samuel Salzborn



Die Medien prägen die öffentliche und politische Debatte zum Thema Rechtsextremismus. Inwieweit werden sie dem Phänomen Rechtsextremismus gerecht?

Das Hauptproblem der medialen Berichterstattung über Rechtsextremismus ist ihre extreme Anlassbezogenheit. Natürlich *reagieren* Medien in erster Linie auf politische und gesellschaftliche Ereignisse, mit Blick auf das Thema Rechtsextremismus, das ja auch in Zeiten, in denen es keine körperlichen Gewalttaten gibt, immer eine strukturelle Gewaltförmigkeit und damit eine dauerhafte Gewaltandrohung in sein Weltbild einschließt, wäre es aber wünschenswert, wenn die Aufmerksamkeit kontinuierlicher und intensiver wäre. Es gibt Fachzeitschriften, auch in der Tages- und Wochenpresse einige Beispiele, die sehr kompetent und kontinuierlich berichten, das scheint mir aber noch deutlich ausbaufähig. Wollte man es auf eine kurze Formel bringen, dann könnte man sagen: ein kleiner Teil der Medien ist sehr kompetent und engagiert, nicht selten verdankt die sozialwissenschaftliche Forschung ihre Faktengrundlagen genau dieser Recherche, allerdings ist das Thema Rechtsextremismus auch ein gutes Beispiel dafür, dass der Typus des Investigativjournalismus, der nicht nur reproduziert, sondern interveniert, deutlich unterrepräsentiert ist im deutschen Medienbetrieb.

Sie haben früher journalistisch gearbeitet und sich mit dem Thema Rechtsextremismus befasst, wie kann ein angemessener Umgang mit dem Thema aussehen?

Es ist noch gar nicht lange her, da hatte so manche Tages- und Wochenzeitung Journalist(inn)en in der Redaktion, die fortwährend einen Blick auf die rechte Szene hatten – und das meint eben nicht nur die militanten Nazigruppen, Parteien wie die NPD oder die rechte Musikszene, sondern das meint auch Strukturen im rechtskonservativen Bereich wie die Vertriebenenverbände, die seit jeher auch immer wieder Berührungspunkte zum Rechtsextremismus haben. Nehmen wir ein aktuelles Beispiel: die Burschenschaften haben sich in den letzten Jahren immer weiter nach rechts radikalisiert, mittlerweile registriert das auch der Verfassungsschutz als Problem, aber man muss sich natürlich fragen: Wäre eine politische und gesellschaftliche Intervention nicht viel früher möglich gewesen, wenn die Medien wieder mehr Kapazitäten in eine kontinuierliche Beobachtung der rechten Szene und eine fortwährende Berichterstattung investieren würden, statt oft nur auf fahrende Züge aufzuspringen? Auch in Zeiten knapper Kassen sollte sich doch jede Tages- und Wochenzeitung jemanden leisten können, der oder die das Feld dauerhaft bearbeitet – und zwar eben in Festanstellung und nicht in den üblichen Präkaritätsverhältnissen. Insofern denke ich, dass die journalistische Qualität deutlich zu steigern wäre, wenn die Medienkonzerne dafür mehr investieren würden – gute Fachjournalist(inn)en gibt es fraglos.

In Ihrem Buch „Rechtsextremismus“ gehen Sie auch auf den NSU-Prozess ein, der seit Mai 2013 vor dem Oberlandesgericht München durchgeführt wird. Wie beurteilen Sie den bisherigen Verlauf des Prozesses?

Ich bin grundsätzlich vorsichtig, Gerichtsprozesse im laufenden Verfahren zu beurteilen. Was mir wichtig scheint ist, dass der Prozess eine Chance bietet, einen Teil der rechtsextremen Terrorstrukturen aufzuklären und zumindest einen Teil derjenigen, die die Mordtaten begangen oder ermöglicht haben, auch dafür zu bestrafen. Allerdings bin ich sehr skeptisch, ob in München nicht nur ein kleiner Teil derjenigen, die den NSU-Terror ermöglicht haben, vor Gericht stehen und die Zahl derer, die den NSU unterstützt haben, nicht deutlich höher ist. Außerdem bleibt die Frage des Versagens der deutschen Geheimdienste, insbesondere des Verfassungsschutzes, die angesichts des Prozesses nicht von der Tagesordnung verschwinden darf, aber eben ganz besonders auch politisch zu diskutieren ist.

In den letzten Tagen ging die Meldung durch die Presse " Weibliche Neonazis werden aktiver – und radikaler". Trifft dies zu und wenn ja, wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Hier sehen wir ein schönes Beispiel für die öffentlichen Wahrnehmungsverzerrungen – weil die rechte Szene medial eben viel zu wenig kontinuierlich beobachtet wird, erscheinen Entwicklungen, die sich schon lange abzeichnen, plötzlich als neu. Politik- und Sozialwissenschaftlerinnen wie Ursula Birsl, Renate Bitzan, Alexandra Kurth, Michaela Köttig oder Birgit Rommelspacher weisen schon seit Jahren auf diese Entwicklungen hin, das Bild der rechtsextremen Frau in einer biedereren Mutterrolle, wie man es sich oft stereotyp vorstellt, ist schon lange nicht mehr hinreichend erklärend. Natürlich, auch diesen Frauentypus gibt es nach wie vor in der rechten Szene. Aber neben der biedereren Mutter steht eben auch die aktive Kämpferin. Interessant wird dabei sein, wie die Widersprüche in der rechten Szene, die strukturell nach wie vor patriarchal organisiert ist, weiter verlaufen: Über kurz oder lang wird es Konflikte um die Selbstbilder der Frauen, wie die der Männer geben, weil es um Führungsansprüche, aber eben auch um fundamentale Grundfragen des rechtsextremen Weltbildes geht.

Immer wieder wird darüber diskutiert ob ein Parteienverbot ein probates Mittel ist den Rechtsextremismus einzugrenzen. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu?

Man darf sich keiner Illusion hingeben: Verbote bringen den Rechtsextremismus nicht aus den Köpfen der Menschen, etwa ein Fünftel bis ein Viertel der deutschen Bevölkerung vertritt antisemitische oder rassistische Grundüberzeugungen. Die wird man durch Verbote nicht revidieren. Aber, und das scheint mir entscheidend: Verbote dienen dazu, diese Menschen daran zu hindern, ihr gewaltförmiges Denken auch in Taten umzusetzen – und schützen damit alle anderen Menschen vor Rechtsextremismus. Nicht umsonst versteht sich die bundesdeutsche Demokratie als „wehrhaft“ – man kann, muss und sollte alle zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus einsetzen, weil – mindestens so viel kann man wissen, auch wenn man sich sonst nicht so intensiv mit Rechtsextremismus befasst – im Unterschied zur Demokratie ein Nazi-System das Leben seiner Kritiker/innen und Gegner/innen nicht respektieren würde. Und, das sehen wir an den regelmäßigen Mordtaten von Rechtsextremisten: jede Struktur, die man einschränkt und damit auch nur einen Mord verhindert, sollte entsprechend eingeschränkt werden, auch durch – soweit rechtlich möglich – Verbote. Und da die NPD sich seit Jahren zum organisatorischen Zentrum des deutschen Rechtsextremismus entwickelt, unzählige

Millionen aus der staatlichen Wahlkampfkosten- bzw. Parteienfinanzierung bezogen hat und damit die rechtsextreme Politikstruktur aufrechterhält, ja nicht zuletzt die Zahl der vorbestraften Gewalttäter in der NPD und auch die Bezüge zum NSU deutlich sind, scheint mir ein Verbot der NPD längst überfällig.